

Politikern bis hin zum BND den Vorwurf machen, daß heute überhaupt keine Anhörungen notwendig sind. Man war in der Bundesrepublik Deutschland voll über das Ausmaß des Unrechts orientiert, was in dem Staat DDR praktiziert wurde.

Wenn heute Anhörungen stattfinden, dann begrüße ich das, aber dann muß in der Quintessenz des Ganzen für die hart Betroffenen – ob es nun strafrechtlich Betroffene sind, verwaltungsrechtlich oder berufsmäßig Betroffene – auch etwas herauskommen. Das muß nicht immer viel Geld sein, aber das muß praktikabel sein. Die Leute müssen vor der sozialen und politischen Ausgrenzung bewahrt werden.

Viel zu schnell und viel zu bequem ist es möglich, sich mit den einstigen Tätern an einen Tisch zu setzen, weil sie – ich gebrauche den Begriff eines Vorredners – „kompatibel“ sind. Vielleicht sind die ehemaligen politischen Häftlinge nicht so kompatibel, oder sagen wir besser: nicht so anpassungsfähig. Deswegen haben sie ja auch den Widerstand gewagt, offen oder verdeckt. Dafür Lorbeeren zu ernten hat niemand geplant; aber dafür ausgegrenzt zu werden – das ist ungerecht.

Sie können aber nicht umhin zuzugeben, daß alle, die einst in guten Positionen saßen, heute bestens untergekommen sind. Sie können, statistisch gesehen – bitte betrachten Sie es mathematisch –, nicht umhin zuzugeben, daß all jene, die früher Repressalien ausgesetzt waren – auch der heutige Tag hat das bestätigt –, im Abseits stehen.

Ich frage dieses Hohe Haus: Wann endlich werden endlosen Diskussionen um das Recht, endlosen Diskussionen, in denen sich die Rechtstheoretiker gegenseitig übertrumpfen, pragmatische Taten folgen, die uns zugute kommen? Wir sehen nichts davon.

Seit sieben Jahren werden wir vertröstet. Jetzt will ich auch noch einmal ganz konkret werden, damit Sie nicht glauben, ich könne nur so allgemein reden: Es gibt da eine Härteregelung im neuen Gesetz, die man nur auf den Tag der Maueröffnung begrenzt hat. Dann gibt es 250 Mark für den Ossi oder auch nicht, und weil er vielleicht gerade an dem Tag weg ist, lassen wir die Härteregelung gelten. Wieso läßt man diese Härteregelung nicht für die Fälle vor dem 8. Mai 1945 greifen, zumal es ja nur noch 300 Überlebende sind? Ist denn das finanziell, von der fiskalischen Seite her gesehen, so bedenklich? Das kann ich mir nicht vorstellen. – Mehr wollte ich dazu gar nicht sagen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Ihnen vielen Dank. – Bitte.

Herr Seidel: Ich begrüße das Hohe Haus hier. Ich da einige Sachen zu meiner Vergangenheit zu sagen. Sie fragten, wie man damit fertig wird. Das habe ich mich auch gefragt.

Ich wurde vom Obersten Gericht der DDR 1962 zu lebenslangem Zuchthaus

verurteilt, wegen Verbrechens gegen das Gesetz zum Schutze des Friedens. Vorher war ich Spitzensportler der DDR. Ich wurde hofiert, ich war DDR-Meister, mehrfach Berliner Meister, aber als die Mauer gebaut worden ist, habe ich meine Zelte in der DDR abgebrochen und bin nach West-Berlin gegangen. Ich habe einen Monat später meine Frau mit dem Jungen nachgeholt.

Durch die Verhaftung meiner Mutter zusammen mit einer Freundin, die ebenfalls zu ihren Kindern wollte, hat sich bei mir etwas entwickelt: Ich bin zum Fluchthelfer geworden. Ich habe also danach anderen Menschen geholfen, die durch die Mauer getrennt waren, habe sie persönlich durch den Zaun geholt. Später, als das nicht mehr ging, habe ich Tunnel gebaut. Eines Tages bin ich dann verhaftet worden und zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Ich bin nach 4 Jahren von der Bundesregierung wieder freigekauft worden und habe all die Jahre in West-Berlin gelebt. Ich durfte nicht nach Ost-Berlin einreisen; ich war *Persona non grata*.

Jetzt, nach der Wende, stellt sich der Richter, der Präsident des Obersten Gerichtes der DDR war, als Saubermann hin und will die Verbrechen der anderen aufdecken. Da habe ich gesagt: Wir müssen etwas dagegen tun, wir müssen etwas aufarbeiten. – Wir haben diesen Mann zur Rede gestellt. Da stellte er sich hin und sagte: Ihr habt keine Todesurteile erhalten. – Die Kollegen vom Fernsehen sagten: Aber lebenslängliche Urteile. – Das verneinte er noch. Draußen vor der Tür stand ich, und ich wurde ihm gegenübergestellt. Der Mann wurde nicht mehr als Saubermann dargestellt. Er war sofort weg vom Fenster.

So müssen wir es auch in anderen Fällen zu tun versuchen. Es darf einfach nicht sein, daß solche Menschen Macht haben und diese Macht noch weiter ausnutzen.

Zur Sache Töplitz habe ich auch noch etwas anderes zu sagen. Herr Töplitz – das wußte ich damals nicht – ist Verfolgter des Nationalsozialismus und hat so lange eine Kämpferrente bekommen. Kämpfer heißt, Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet zu haben. Herr Töplitz hat nie Widerstand geleistet, sondern er war Opfer. Er war Mischling ersten Grades und wurde 1944 zur OT herangezogen. Er hatte sich vorher, 1935, freiwillig zum Militär gemeldet und hat auch danach – er war ein Jahr bei der Wehrmacht – noch sein Studium beendet. Erst 1944 wurde er stärker verfolgt und zur OT herangezogen. Dafür hat er seine Verfolgtenrente bekommen, aber als er 1952 oder 1953 den Vaterländischen Verdienstorden bekommen hatte, da wurde auf einmal die Verfolgtenrente umgewandelt, und er war Kämpfer. Er hat die ganzen Jahre Kämpferrente bekommen, 1.750 Mark. Erst, nachdem die Bundesregierung es eingestellt hat, daß Kämpfer und Verfolgte gleichgestellt worden sind, ist die Rente auf 1.400 DM herabgesetzt worden.

Aber ich glaube, man sollte doch auch bei diesem Gesetz einmal überprüfen, ob solche Leute wie Herr Töplitz, der von 1960 bis 1986 Präsident des

Obersten Gerichtes war, nicht noch Urteile gefällt haben, die rechtswidrig waren, und dafür zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Wir müssen jetzt das Kunststück fertigbringen, daß wir in einer guten Viertelstunde noch alle Wortmeldungen, die sich aus der Enquete-Kommission ergeben haben, abwickeln. Vielleicht kann ich die Vertreterinnen und Vertreter der Enquete-Kommission bitten, daß sie auf manche inhaltliche Dinge noch einmal reagieren. Unrechtsbereinigungsgesetz, Rehabilitierung, Entschädigung waren ja Begriffe, die immer wieder genannt worden sind. Wenn Sie vielleicht aus Ihrer Sicht dazu noch etwas sagen können?

Wir haben noch eine Wortmeldung aus dem Plenum. Bitte.

Peter Stimming: Mein Name ist Peter Stimming. Ich vertrete den Bund der Stalinistisch Verfolgten, Landesverband Berlin.

Ich möchte doch noch einmal daran erinnern, daß in diesem ersten Unrechtsbereinigungsgesetz viele Leute und viele Bürger vergessen worden sind. Da sind die deportierten Frauen, die auch schon erwähnt worden sind, und die deportierten Männer aus den Ostgebieten. Die haben sehr Schweres durchgemacht und sind meistens erst in den fünfziger Jahren wiedergekommen und wurden danach auch hier diskriminiert. Das zieht sich durch das ganze Leben. Sie sind erst deportiert worden, haben die schwere Zeit in den russischen Lagern mitgemacht, sind danach hierhergekommen und konnten keine richtige Ausbildung machen, und sie sind im Endeffekt jetzt auch wieder diejenigen, die mit den niedrigen Renten dastehen. So sieht das aus.

Andere Leute, die sich angepaßt haben, dicke Bonzen waren, kriegen jetzt die hohen Renten, mindestens 2.000 DM. Das ist eine sehr große Ungerechtigkeit diesen Leuten gegenüber.

Eine zweite Gruppe, die auch nicht berücksichtigt worden ist, sind zum Beispiel die Angehörigen der in den kommunistischen Konzentrationslagern nach 1945 Umgekommenen. Zu dieser Gruppe gehören 80.000 Menschen, die in den kommunistischen Konzentrationslagern auf dem Gebiet der DDR umgekommen sind. Deren Angehörige, die Witwen und Waisen, die damals die schwere Zeit durchmachen mußten, haben bisher keinen Pfennig gesehen und kriegen auch nach dem Gesetz nichts. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Wir werden in dieser Angelegenheit vor das Verfassungsgericht ziehen. – Das sind die zwei Gruppen, die besonders stark betroffen sind.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank für die Ergänzung. – Ich lese jetzt einmal die Wortmeldungen derjenigen vor, die ich mir aufgeschrieben habe: Herr Dehnel, Herr Krause, Frau Michalk, Herr Schröder,